Veranstaltungen

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in der Praxis

Am Montag, 4. Februar 2013 führen wir eine Veranstaltung zum neuen Erwachsenenschutzrecht durch. Die Referenten werden sein: Christoph Lüthy von Pro mente sana und Ruedi Winet, lic.iur. und DJZ-Mitglied, von der Kindes- und Erwachsenenbehörde Pfäffikon Zürich. Die Einladung findet ihr als Beilage.

Generalversammlung 2013

Die Generalversammlung findet am Dienstag, 9. April 2013, im Neuzofingersaal im Weissen Wind statt. Referieren wird Raymond de Morawitz, RA und Präsident der DJS zum Thema „DJS – Wohin?" mit anschliessender Diskussion. Der Vortrag wird auf französisch gehalten. Bitte merkt euch diesen Termin vor, eine Einladung folgt zu gegebener Zeit per Post.

Aktuelles

Ersatzmitglied in der Aufsichtskommission über die Anwälte

Im 2013 wird die Wahl der Aufsichtskommission über die Anwälte durchgeführt. Neben den Wiederwahlen findet eine Ersatzwahl infolge Vakanz statt. Es wäre schön, wenn sich eine Kandidatin oder ein Kandidat aus unseren Reihen finden würde. Informationen zur Wahl und Wählbarkeit der Mitglieder über die Aufsichtskommission findet ihr in der LS 215.21. Bei Interessen an einer Kandidatur bitte unter djzinfo@djz.ch bis am 3. Dezember 2012 melden.

Komitee „Stopp Wegweisungen"

Zusammen mit der AL, Julia, dem 1.-Mai-Komitee und augenauf Zürich haben die DJZ das Komitee „Stopp Wegweisungen" gegründet. Ziel des Komitees ist es, Betroffene zu unterstützen, die sich gegen die rechtswidrige Praxis der Zürcher Stadtpolizei wehren. Die Polizei weist regelmässig ihr nicht genehme Personen von der Bäckeranlage weg – eine Bierdose in der Hand genügt. Allerdings betreffen die Massnahmen nicht alle. Es werden gezielt Personen angegangen. Ziel der Wegweisungen und Opfer dieser Polizeiwillkür sind immer nur sogenannte Randständige.

Ohne genügend rechtliche Grundlage wird massiv in die Grundrechte der Betroffenen eingegriffen. Gegen Diskriminierung jeglicher Form setzen wir uns seit je her ein und diese Wegweisungspraxis betrifft den Kernbereich unserer Tätigkeit.

Schnupperpraktika für Jusstudentinnen und -studenten

Das Jusstudium ist, wie ihr aus eigener Erfahrung wisst, eine theoretische Angelegenheit. Jeder Einblick in die Praxis schon während des

Studiums ist deshalb umso wertvoller. Als einziges Praxismodul werden von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu diesem Zweck Kurzpraktika bei der Justiz angeboten und mit einem entsprechenden Leistungsnachweis honoriert, wobei die Praktikaplätze beschränkt sind. Auch Schnupperpraktika in Advokaturen eignen sich bestens, um einen Eindruck zu gewinnen, was einen in der Zukunft erwartet.
DJZ führt eine Liste mit Kanzleien, die Schnupperpraktika anbieten, welche auf Anfrage an Studenten herausgegeben wird. Ihr findet beigelegt ein Formular, das ihr ausfüllen und zurückschicken könnt, falls ihr Interesse habt, Jusstudentinnen und – Studenten Praxisluft schnuppern zu lassen.

Anwaltsgesetz

Der SAV hat einen fertigen Entwurf über ein Bundesanwaltsgesetz verfasst. Die DJS haben unter der Leitung von Peter Sträuli, RA und DJZ-Mitglied, eine Arbeitsgruppe (AG) gegründet, da wir zwar ebenfalls für eine eidgenössische Lösung sind, aber nicht einfach den Vorschlag des SAV übernehmen wollen, sondern vielmehr einen kritischen eigenen Vorschlag bringen möchten.
Ihr seid alle herzlich eingeladen, euch an der AG zu beteiligen und könnt euch bei Interesse direkt bei Melanie Aebli, Geschäftsführerin DJS unter info@djs-jds.ch melden.

CEDAW-Leitfaden für Rechtspraxis

Die eidgenössische Frauenrechtskommission hat neu einen Leitfaden für die Rechtspraxis herausgegeben (www.ekf.admin.ch). Dieser soll Juristinnen und Juristen anhand von Modellbeispielen aufzeigen, wie die Umsetzung der UNO-Frauenrechtskonvention in der Anwaltspraxis, der Gerichtspraxis und in der Rechtsberatung umgesetzt werden soll. Mädchen und Frauen, die sich in ihren durch die UNO-Frauenrechtskonvention geschützten Rechten verletzt fühlen, haben die Möglichkeit, vor einem CEDAW-Ausschuss eine Individualbeschwerde zu führen. Zur Durchsetzung benötigen sie versierte Rechtsvertreterinnen und -vertreter. Der Leitfaden bietet entsprechende Hilfestellung. Die Demokratischen Juristinnen und Juristen sind direkt angesprochen und in diesem Sinne wünsche ich euch eine aufschlussreiche Lektüre.

Vernehmlassungen und Beschwerden

Stellungnahme zur Totalrevision der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV)

Peter Frei, RA und DJZ-Mitglied hat die Stellungnahme für DJS und Solidarité sans Frontières verfasst.

Vernehmlassungsverfahren zur Anpassung der Verordnung über die Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) aufgrund der Umsetzung der Motion Barthassat (08.3616) „Jugendlichen ohne gesetzlichen Aufenthaltsstatus eine Berufslehre ermöglichen"

Tamara Nüssle, RAin, Richterin und DJZ-Vorstandsmitglied hat die Stellungnahme für die DJS verfasst.

Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Kindesunterhalt), der Zivilprozessordnung (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes (Art. 7)

Ingrid Indermaur, RAin und DJZ-Mitglied hat für die DJZ eine Stellungnahme zum Unterhaltsrecht verfasst.

Änderung des Bundesgesetzes über das BG - Erweiterung der Kognition bei Beschwerden in Strafsachen,

Thomas Heeb, RA und DJZ-Vorstandsmitglied hat die Stellungnahme für die DJZ und DJS verfasst.

Vernehmlassungsverfahren zur Anpassung der Verordnung über die Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) zwecks Abschaffung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts

Karl Kümin, RA und DJZ-Vorstandsmitglied hat die Stellungnahme für die DJZ und DJS verfasst.

Ihr könnt die Texte wie immer auf unserer Homepage unter www.djz.ch oder www.djs-jds.ch in voller Fassung herunterladen.

Beschwerde betreffend Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR) – gegen § 63 Abs. 1 gemäss Art. 450 Abs. 1 ZGB

Zusammen mit privaten Beschwerdeführern hat DJZ eine Beschwerde in betreffender Sache ergriffen und diese auch finanziell unterstützt. Die Beschwerde ist zur Zeit am Bundesgericht hängig.

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für ihre wertvolle und geschätzte Mitarbeit.

DJS

Asylgesetzrevision – Referendum

An der Delegiertenversammlung, welche am 2. Juni 2012 in Bern stattfand, haben die Delegierten die Unterstützung des Referendums gegen die

Asylgesetzrevision beschlossen, sollte eines ergriffen werden.

Am 28. September 2012 hat das Parlament mit dem sogenannten Entwurf 3 die ersten Änderungen der laufenden Asylgesetzrevision verabschiedet und als dringlich erklärt. Am darauffolgenden Tag sind die Änderungen in Kraft getreten, deren Anwendung auch durch die Lancierung des Referendums nicht gehemmt wird.

Das Botschaftsverfahren, welches besonders verletzlichen Personen Schutz bieten konnte, wurde abgeschafft, Wehrdienstverweigerung ist kein Asylgrund mehr, auch wenn den Betroffenen bei einer Rückkehr unmenschliche Behandlung droht, sogenannt renitente Asylsuchende sollen in besonderen Zentren untergebracht werden – was als renitent gilt, bleibt unklar. Zudem gibt das Parlament mit der Delegationsnorm an den Bundesrat seine Gesetzgebungskompetenz in einer rechtsstaatlich bedenklichen Weise ab.

Die materiellen Änderungen im Asylrecht sind unmenschlich, aber leider eine zu erwartende Fortführung einer bereits bekannten Tendenz. Eine neue Dimension stellen allerdings die vorliegenden Dringlichkeitsbeschlüsse und Delegationsnormen dar; hier werden elementare rechtliche Grundsätze umgangen und dies auf dem Buckel von Rechtlosen.

Die DJS lehnen diese Änderungen ab und unterstützen das am 10. Oktober 2012 lancierte Referendum, da neben gefährlichen Eingriffen in das Recht auf Asyl zentrale rechtsstaatliche Grundsätze ausgehebelt werden. Einen Unterschriftenbogen und einen Einzahlungsschein zur Unterstützung des aus vielen kleineren Organisationen bestehenden Referendumskomitees findet ihr in der Beilage.

Ich wünsche allen eine schöne Winterzeit und erholsame Festtage.

Für den Vorstand

Herzlich,

Francesca Caputo, Geschäftsführerin DJZ